



Forschungsergebnisse

**Bestpreisklauselverbot
beflügelt Direktvertrieb
von Hotels**

Schwerpunkt

**Was sich auf dem
Energemarkt tut**

Nachgefragt

**Was bedeutet die
US-Präsidentschaft
für Europa?**

Foto: © istockphoto/BasSlabbers

Effektive Steuerlast für US-Unternehmen würde auf EU-Durchschnittsniveau sinken

Die Pläne des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump für eine Reform der Unternehmensbesteuerung in den USA sind weniger radikal als bislang vermutet. Macht Trump seine Steuerpläne aus dem Wahlkampf wahr, würde die Effektivsteuerbelastung von US-Unternehmen lediglich in etwa auf das in der EU herrschende Durchschnittsniveau sinken. Dadurch könnte sich auch die aggressive Steuervermeidung von US-Unternehmen verringern und Trumps Steuerreform somit Folgen für den globalen Steuerwettbewerb haben. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle ZEW-Analyse.

Im Wahlkampf hat Donald Trump eine Reihe von nachhaltigen Veränderungen bei der Besteuerung von Unternehmen angekündigt: So soll der Unternehmenssteuersatz in den USA von 35 Prozent auf 15 Prozent sinken, im Gegenzug sollen Steuervergünstigungen eliminiert werden. Ausländische Gewinne von

US-Unternehmen sollen künftig in den USA unmittelbar bei Entstehung besteuert werden, was bislang erst bei der Rückführung von Gewinnen aus dem Ausland der Fall war. Die in der Vergangenheit im Ausland akkumulierten Gewinne sollen mit einer zehnprozentigen Steuer belegt werden.

Die Wissenschaftler/innen des ZEW haben nun anhand von Berechnungen zu durchschnittlichen Effektivsteuersätzen („Effective Average Tax Rates“, EATR) im internationalen Vergleich analysiert, wie Trumps geplante Reform die Position der USA bei der Steuerbelastung weltweit verändern würde und welche Auswirkungen die Reform für den globalen Steuerwettbewerb hätte. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass die Absenkung des Unternehmenssteuersatzes von 35 Prozent auf 15 Prozent die EATR auf 21,2 Prozent senken würde. Derzeit liegen die USA mit einem EATR-Wert von 36,5 Prozent deutlich über dem europä-

ischen Durchschnitt (21,0 Prozent). Mit Trumps Reform wären die USA also im weiteren Vergleich etwa mit Kanada, Japan oder Frankreich kein ausgesprochener Hochsteuerstandort mehr.

Die geringere effektive Steuerlast am US-Standort würde auch neue Anreize für US-Unternehmen mit Blick auf ihre globale Steuerstrategie geben. Mit der von Donald Trump anvisierten sofortigen Steuerpflicht für Gewinne an ausländischen Standorten entfielen ein Anreiz zur grenzüberschreitenden Verschiebung von Gewinnen. Die Reform würde im Grunde eher wie eine

überfällige Anpassung an international übliche Belastungsniveaus für Unternehmen wirken. Allerdings bleibt Trump die Antwort schuldig, wie er die hohen Steuerausfälle auffangen will. Zudem könnte der reformbedingte, stärkere Zugriff auf das weltweite Einkommen von US-Unternehmen dazu führen, dass eben diese Unternehmen über eine Standortverlagerung nachdenken. So manches bisherige US-Unternehmen dürfte dann in ein europäisches oder asiatisches Unternehmen verwandelt werden.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Nachgefragt: Was bedeutet die neue US-Präsidentschaft für Europa?

„Donald Trump ist ein Neo-Merkantilist“

Der neue US-amerikanische Präsident Donald Trump beginnt allmählich damit, seinem wirtschaftspolitischen Kurs erste Konturen zu verleihen: Strafzölle auf mexikanische Importe in die USA werden angedroht, per Dekret ein Einreisestopp für Migranten/-innen aus sechs muslimischen Ländern verfügt sowie der Bau einer Mauer zum Nachbarland Mexiko. ZEW-Forschungsbereichsleiter Friedrich Heinemann beurteilt diese Maßnahmen kritisch.

Was bedeutet die Wahl für die Exportnation Deutschland?

Die USA sind mit einem Anteil von knapp zehn Prozent der wichtigste nationale Absatzmarkt deutscher Exporteure, der besonders dynamisch wächst. Deutschland hat außerdem im Verhältnis mit den USA einen sehr hohen Außenhandelsüberschuss. Das könnte die hiesige Exportwirtschaft besonders in den Fokus der Trump-Administration bringen. Macht Trump ernst mit seiner Idee verstärkter Schutzzölle, dann werden auch wir das schmerzhaft zu spüren bekommen. Dabei betreffen die möglichen Schäden längst nicht nur den direkten bilateralen Handel zwischen beiden Ländern. Indirekte Folgen ergeben sich über die Verluste, die deutsche Konzerne mit Standorten in Mexiko erleiden.



Prof. Dr. Friedrich Heinemann

ist Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaften. Er forscht ferner zu Fragen des Fiskalwettbewerbs, des Förderalismus sowie der Reformfähigkeit von Staaten und Gesellschaften in Europa. Er ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration, Berlin, sowie Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Europäische Politik (IEP), Berlin.

heinemann@zew.de

Gibt es ökonomisch rationale Argumente für eine stärker protektionistische Politik der USA?

Wenn Donald Trump ein ökonomisch konsistentes Weltbild haben sollte, dann dürfte das sehr nahe bei den Sichtweisen des Merkantilismus liegen. Die Merkantilisten haben ganz ähnlich argumentiert wie Trump heute: Ein Land gewinnt demnach an Wohlstand, wenn es seine Industrien durch Zölle schützt sowie durch Exporte und Leistungsbilanzüberschüsse das inländische Vermögen mehrt. Klassische Ökonomen haben dieses merkantilistische Weltbild schon vor mehr als zweihundert Jahren entlarvt. Der Merkantilismus nützt in erster Linie den geschützten inländischen Unternehmen. Eine nachhaltige Wohlstandssteigerung gelingt viel eher dort, wo sich Länder konsequent für den internationalen Wettbewerb öffnen. Es ist daher nicht überraschend, dass Trump viele begeisterte Fans im US-Unternehmerlager hat. In einer Hinsicht allerdings unterscheidet sich der Neomerkantilist und Mauerbauer Trump markant von den Merkantilisten: Diese haben alles getan, um Menschen aus anderen Ländern anzulocken und anzusiedeln. Sie wussten, dass leistungsbereite Wirtschaftsmigranten für ein Gastland ein Gewinn sind.

Welche Auswirkungen wird die Trumpsche Wirtschaftspolitik auf das Wachstum der Weltwirtschaft haben?

Die größte Gefahr ist, dass eine aggressive US-Zollpolitik Vergeltung anderer Handelsnationen auslösen könnte. Zudem ist Trumps völlige wirtschaftspolitische Unberechenbarkeit eine Belastung für die Weltwirtschaft. Mexiko erlebt die Folgen einer solchen Verunsicherung bereits durch einen Absturz seiner Währung und den plötzlichen Investitionsstreik internationaler Unternehmen. Diese Schockwellen reichen weit nach Südamerika. Auch die an den Börsen gehandelte Hoffnung auf die positiven Wirkungen großer US-Konjunkturpakete ist übertrieben. Wenn Trump jetzt die US-Konjunktur durch Steuerentlastungen und Investitionen stimuliert, dann zum falschen Zeitpunkt. Die US-Wirtschaft läuft bereits rund und ist an der Vollbeschäftigungsgrenze. Zusätzliche fiskalische Stimuli würden die Inflation anheizen und die US-Notenbank Fed zu deutlichen Zinserhöhungen zwingen. Letztlich müsste dann mit einer weltweit höheren Wechselkurs- und Finanzmarktvolatilität gerechnet werden.

Bestpreisklauselverbot bei Booking.com beflügelt Direktvertrieb von Hotels

Das Bundeskartellamt hat im Dezember 2015 dem Online-Hotelbuchungsportal Booking.com die Anwendung von sogenannten Bestpreisklauseln untersagt. Eine ZEW-Studie in Kooperation mit externen Wissenschaftlern hat anhand dieses Falles Auswirkungen von Bestpreisklauseln auf die Nutzung verschiedener Vertriebskanäle und auf Preissetzungsentscheidungen untersucht. Es zeigt sich, dass Direktvertriebsangebote häufiger online sind, aber auch Hotels öfter Angebote bei Booking.com einstellen. Zudem gibt es Anzeichen, dass Direktvertriebspreise im Vergleich zu den großen Onlineportalen niedriger ausfallen.

Hotelbuchungsportale wie Booking.com vermitteln für Hotels Zimmer an Reisende. Im Gegenzug müssen die Hotels den Portalen pro Buchung Provisionen zahlen. Durch Bestpreisklauseln werden Hotels verpflichtet, auf der Webseite des Buchungsportals die günstigsten Preise und Konditionen anzubieten. Die theoretische Forschung zeigt, dass Bestpreisklauseln dem Wettbewerb zwischen Hotelbuchungsportalen um Provisionen und Kunden schaden und zu überhöhten Preisen führen können. Ohne Bestpreisklauseln könnte ein Hotel seine Zimmer bei einem Buchungsportal mit geringerer Provision günstiger einstellen und manche Reisende würden zu diesem Portal wechseln. Um diese Preisunterschiede gering zu halten, hätten Portale den Anreiz, nicht zu hohe Provisionen zu verlangen. Diese Dynamik bliebe unter der Anwendung von Bestpreisklauseln aus.

Hotels verstoßen häufig gegen Bestpreisklauseln

Die Studie hat Daten zum Listungs- und Preissetzungsverhalten von mehreren Tausend Hotels im Zeitraum Januar bis Juli 2016 ausgewertet. Die gesammelten Informationen stammen von einer Reisesuchmaschine, die Informationen für verschiedene Reiseportale sowie auch Direktvertriebsangebote von Hotels vergleicht. Die Studie zeigt, dass Hotels oftmals gegen Bestpreisklauseln verstoßen: Etwa ein Drittel der untersuchten Hotels setzen ihre Preise im Eigenvertrieb niedriger an als auf Booking.com. Dies deutet daraufhin, dass Hotels eine Zimmerbuchung über den direkten Kanal bevorzugen. Ein Grund hierfür

sind die geringeren variablen Kosten einer weiteren Buchung. Bei Buchungen über die hoteleigene Webseite sparen die Hotels Provisionsgebühren an Vermittlungsplattformen.

Erhöhte Nutzung von Vermittlungskanälen

In einem zweiten Schritt untersuchten die Wissenschaftler, wie sich das Verhalten der deutschen Hotels nach dem Verbot der engen Bestpreisklausel im Februar 2016 verändert hat. Die enge Bestpreisklausel verbietet den Hotels nur, günstigere Preise im Online-Direktvertrieb zu verlangen, andere Buchungsportale sind dagegen von der Preisparität ausgenommen. Aus Sicht der theoretischen Forschung hat die enge Bestpreisklausel ähnliche Auswirkungen wie die weite. Dafür wurden deutsche Hotels mit Hotels aus anderen Ländern verglichen, die nicht von einem Verbot betroffen waren. Es zeigt sich, dass Hotels im Zeitraum nach der Aufhebung häufiger Zimmer im Eigenvertrieb anboten. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern stieg der Gebrauch im Beobachtungszeitraum um fünf Prozentpunkte. Gleichzeitig erhöht sich auch der Anteil derjenigen Hotels, die auf Booking.com vertreten sind. So stieg der Anteil von Hotels, die Booking.com in Deutschland nutzen, in den sechs Monaten nach Abschaffung der Bestpreisklausel um zirka 20 Prozentpunkte. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass die untersuchten Hotels auf ihrer eigenen Webseite vermehrt niedrigere Preise als auf Booking.com anbieten und dass der Eigenvertrieb häufiger der günstigste Kanal ist. Das Portal Booking.com ist dagegen im gleichen Zeitraum seltener der Preisführer.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die enge Bestpreisklausel von Booking.com die Preissetzung von Hotels einschränkte und somit auch möglicherweise den Wettbewerb zwischen den Vertriebskanälen. Die Beobachtung, dass Hotels nach dem Wegfall der Bestpreisklausel häufiger Angebote bei Booking.com einstellten, zeigt allerdings, dass das Verbot der Bestpreisklausel auch Vorteile für Booking.com haben könnte.


Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78348

Dr. Ulrich Laitenberger, laitenberger@zew.de

INHALT

Effektive Steuerlast für US-Unternehmen würde auf EU-Durchschnittsniveau sinken	1
Nachgefragt: Was bedeutet die neue US-Präsidentschaft für Europa?	2
Bestpreisklauselverbot bei Booking.com beflügelt Direktvertrieb von Hotels	3

Trägt die Europäische Zentralbank zum Scheitern der Klimapolitik bei?	4
Schwerpunkt Energiemarkt	5
25 Jahre ZEW	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12



Dem Bericht einer Nichtregierungsorganisation zufolge finanziert die EZB mit ihrer derzeitigen Geldpolitik indirekt fossile Energieträger – was allerdings irreführend ist. Das EZB-Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors fördert nachweislich klimafreundliche Projekte.

Foto: © istockphoto/instamatics

Trägt die Europäische Zentralbank zum Scheitern der Klimapolitik bei?

Die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) hat der Europäischen Zentralbank (EZB) kürzlich vorgeworfen, die quantitative Lockerung als geldpolitische Maßnahme würde fossile Energieträger subventionieren. Die CEO-Analyse erregte viel Aufmerksamkeit – und ist irreführend.

Das EZB-Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Securities Purchase Programme, CSPP) wurde im Juni 2016 eingeführt und umfasst derzeit Anleihen europäischer Unternehmen in Höhe von 49,91 Milliarden Euro (Stand: Dezember 2016). Dem CEO-Bericht zufolge beschleunigt dieses Kaufprogramm auf seine eigene Art den Klimawandel, da es großen Unternehmen in der Öl-, Automobil- und Gasindustrie, wie Shell, Repsol, Volkswagen oder BMW, finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Allerdings ist der CEO-Bericht irreführend.

Es ist unmöglich, allein auf Basis der Unternehmensanleihen eine Aussage über die negativen Auswirkungen des EZB-Programms auf die Klimapolitik zu treffen. Durch den Ankauf von Wertpapieren stellt die EZB jeden Monat zusätzliche Liquidität in Höhe von 80 Milliarden Euro beziehungsweise seit Beginn dieses Jahres 60 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit 1,6 Prozent stellen Unternehmensanleihen lediglich einen kleinen Anteil am Gesamtvolumen aller Wertpapierkäufe dar.

Auch kohlenstoffarme Projekte profitieren von günstigen Bankkrediten

Im CEO-Bericht wird zudem kein Wort über die Klimafreundlichkeit der übrigen im Rahmen des Kaufprogramms erworbenen Anleihen verloren, die 98,4 Prozent aller Wertpapieranleihen ausmachen. Durch das CSPP werden die Finanzierungskosten für Unternehmen, Regierungen und Haushalte gesenkt, allerdings erfolgt dies zum Großteil indirekt durch die Kreditvergabe der Banken. Günstige Bankkredite werden dabei sowohl an kohlenstoffarme als auch an energieintensive Projekte vergeben. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wie der CEO-Bericht zu seinem so eindeutigen Ergebnis kommt angesichts der Tatsache, dass lediglich ein kleiner Bruchteil aller Wertpapierkäufe überprüft wurde.

Unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen verstärken die Nachfrage nach Krediten in allen Sektoren, einschließlich der

Öl-, Gas-, oder Automobilindustrie. Wird das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch die Lockerungsmaßnahmen der EZB angekurbelt, so erhalten sowohl saubere als auch umweltbelastende Industrien einen kurzfristigen Wachstumsschub. Dennoch geht ein höheres BIP nicht notwendigerweise mit einer steigenden Umweltbelastung einher: Zwar wird die Produktion angekurbelt, ausschlaggebend ist allerdings die Zusammensetzung dieses Wachstums. Eine kluge Klimapolitik sollte nicht so aussehen, dass Kohlenstoffemissionen zu Lasten des Wirtschaftswachstums reduziert werden. So kann den geldpolitischen Entscheidungsträgern auch nicht vorgeworfen werden, dass sie die Wirtschaft ankurbeln, ohne dabei in puncto Energieverbrauch umzurüsten.

Investitionen beflügeln energieeffiziente Technologien

Es gibt Grund zu der Annahme, dass die Lockerungsmaßnahmen der EZB die Zusammensetzung des Wirtschaftswachstums nachteilig beeinflussen, da diese entweder zu Lasten energieintensiver oder zu Lasten kohlenstoffarmer Industrien ausfallen. Viel wichtiger ist jedoch, dass die Lockerung von Finanzbedingungen Investitionen fördert. Investitionsausgaben beschleunigen die Einführung energieeffizienter Technologien, wodurch wiederum die Energieintensität von Unternehmen und Haushalten verringert wird.

Für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sind Investitionsausgaben unerlässlich. Neuesten Schätzungen der Internationalen Energieagentur (International Energy Agency, IEA) zufolge ist die Begrenzung der Klimaerwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius nur mithilfe umfassender Investitionen bis zum Jahr 2040 möglich. Insgesamt müssten dabei 40 Billionen Dollar in den Energiesektor und zusätzliche 35 Billionen Dollar in Energieeffizienz fließen. Das vorrangige Ziel der EZB ist es heute, die Inflationsrate anzuheben. Um dieses Ziel in naher Zukunft zu erreichen, sind Investitionen in große bestehende Märkte wie den für fossile Energieträger unvermeidlich. Allerdings erleichtert das Anleihekupfprogramm der EZB – wenn wirksam – die Kreditvergabe und Investitionen. Nun ist es an der Klimapolitik, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und die richtigen Anreize für Investitionsausgaben für kohlenstoffarme Projekte zu setzen.

Claudio Baccianti, baccianti@zew.de



Schwerpunkt ENERGIEMARKT

Klimaschutzziele stehen im Spannungsfeld

Deutschland hat sich mit der Energiewende vorgenommen, ein Vorreiter beim Umbau hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu werden. Nationale Klimaschutzziele konkretisieren dieses Vorhaben, stoßen allerdings ebenso auf Kritik. Oftmals bestehen in diesen Bereichen auch europäische Regelungen. Die Vorteile einer europaweiten Regulierung könnten durch Maßnahmen zur Erreichung nationaler Ziele konterkariert werden.

Die Relevanz und Kontroverse dieser Diskussion zeigt sich am Beispiel des Entwurfs für einen Klimaschutzplan des Bundesumweltministeriums. Zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele wird unter anderem ein vollständiger Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2040 diskutiert. Die Stromerzeugung unterliegt jedoch gleichzeitig dem europäischen Emissionshandel. Das ZEW-Energiemarktbarometer hat dies zum Anlass genommen, ein Meinungsbild zu dieser Fragestellung von den rund 200 Umfrageteilnehmern/-innen einzuholen.

Die Panelteilnehmer/-innen wurden gefragt, ob es sinnvoll sei, dass Deutschland neben den europäischen Klimaschutzziele auch nationale Ziele verfolgte. 62 Prozent der Befragten antworten mit „ja“. Auch an einem Kohleausstieg gibt es von der Mehrheit der Befragten keine fundamentale Kritik. Mehr als zwei Drittel sind der Meinung, ein staatlich verordneter Ausstieg aus der Verstromung von Braunkohle sei zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendig. Die Hälfte der Befragten hält dies auch bei Steinkohle für notwendig.

Mit Blick auf die Effizienz dieser Maßnahmen hinsichtlich der Klimaschutzziele sind die Meinungen weniger eindeutig. Während immer noch etwas mehr als die Hälfte aller Befragten die staatlich verordnete Abschaltung von Braunkohlekraftwerken als ein effizientes Mittel zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele sehen, stimmt eine relative Mehrheit von 47 Prozent dieser Aussage nicht zu, wenn es um Steinkohle geht.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist eine marktbasierter Lösung, die eine Bepreisung von CO₂-Emissionen vorsieht, einer staatlich verordneten Abschaltung einzelner Technologien klar vorzuziehen, wenn es darum geht, die günstigsten Vermeidungsoptionen zu identifizieren und umzusetzen. Der Ausstieg

aus der Braunkohle erscheint tatsächlich als eine günstige Möglichkeit, Emissionen zu reduzieren. Braunkohle ist sehr CO₂-intensiv, und der Börsenpreis für Strom liegt seit mehreren Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Das grundsätzliche Problem am geplanten Stopp der Braunkohleverstromung ist jedoch, dass die vermeintlich vermiedenen Treibhausgase über die frei werdenden Emissionszertifikate in anderen Sektoren oder Ländern des europäischen Emissionshandels wieder auftreten. Eine Einsparung von Treibhausgasen findet also nicht statt.

Kohleausstieg erfordert weitere Anpassungen

In einer Hinsicht sind sich 90 Prozent aller Experten/-innen hingegen weitgehend einig: Ein kompletter Ausstieg aus der Kohleverstromung erfordert weitergehende Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung. Von diesen 90 Prozent sehen knapp drei Viertel die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, um einem Kohleausstieg begegnen zu können. Rund 70 Prozent fordern weitere Maßnahmen zur Flexibilisierung der Nachfrage beziehungsweise den Neubau von Erdgaskraftwerken. Rund 50 Prozent aller Befragten, die weitere Maßnahmen für notwendig halten, sehen den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien als geeignet an. Als weitere wichtige Punkte wurden vor allem die Weiterentwicklung von Speichertechnologien sowie der Ausbau der Netzinfrastruktur ge-

Das **ZEW-Energiemarktbarometer** ist eine halbjährliche Befragung von rund 200 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis (Energieversorgungs-, -handels- und -dienstleistungsunternehmen). Die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer werden zu ihren Erwartungen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den nationalen und internationalen Energiemärkten befragt. Die Ergebnisse der aktuellen Erhebung (Befragungszeitraum: November 2016, zirka 170 Antworten) sind im vorliegenden Schwerpunkt Energiemarkt wiedergegeben.

nannt; letzteres insbesondere mit Blick auf den Austausch mit den Nachbarländern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Mehrheit der Experten/-innen nationale Klimaschutzziele und Maßnahmen neben den europäischen als sinnvoll und notwendig erachtet. Implizit wird dadurch auch den europäischen Instrumenten der Klimapolitik zum Beispiel dem EU Emissionshandel nur eine flankierende Rolle zugestanden. Aus ökonomischer Sicht ist dies

als warnendes Signal zu werten. Nichtsdestotrotz muss darauf hingewiesen werden, dass eine eigenständige deutsche Klimaschutzpolitik ihr eigentliches Ziel – den Klimaschutz – verfehlt, wenn die Interaktion mit der europäischen Ebene nicht berücksichtigt wird. Die bereits beschlossene Abschaltung von bestimmten Braunkohlekapazitäten ohne entsprechende Verknappung der Zertifikate im europäischen Emissionshandel ist hierfür ein Beispiel.

Versorgungssicherheit bleibt stabil

Das ZEW-Energiemarktbarometer erhebt seit 2009 regelmäßig Einschätzungen zur Entwicklung der Versorgungssicherheit. Der Rückblick auf das Jahr 2015 war noch recht positiv. Diese positive Sicht gilt im Rückblick auf 2016 nicht ganz. Das Niveau der Versorgungssicherheit im Jahr 2016 wird in allen Bereichen von mindestens zwei Dritteln der befragten Energieexperten/-innen als gleichbleibend angesehen. Verbesserungen werden mit jeweils rund 25 Prozent vor allem in den Bereichen der Erdgas- und Rohölversorgung gesehen.

Der größte Anteil der Experten/-innen, die in den vergangenen zwölf Monaten eine gesunkene Versorgungssicherheit wahrgenommen haben, ist im Bereich Strom zu finden. So sehen mehr als 20 Prozent der Befragten ein sinkendes Niveau. Auch für die Jahre 2015 (23 Prozent) und 2014 (27 Prozent) war dies bereits der Fall. Der vom Gesetzgeber definierte technische Indikator SAIDI (System Average Interruption Duration Index), der eine durchschnittliche Dauer von Stromausfällen misst, spiegelt eine solche Einschätzung allerdings nicht wider. So lag der SAIDI laut Monitoringbericht 2016 der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts im Jahr 2015 auf einem Niveau von 12,7 Minuten und im Jahr 2014 sogar bei 12,28 Minuten.

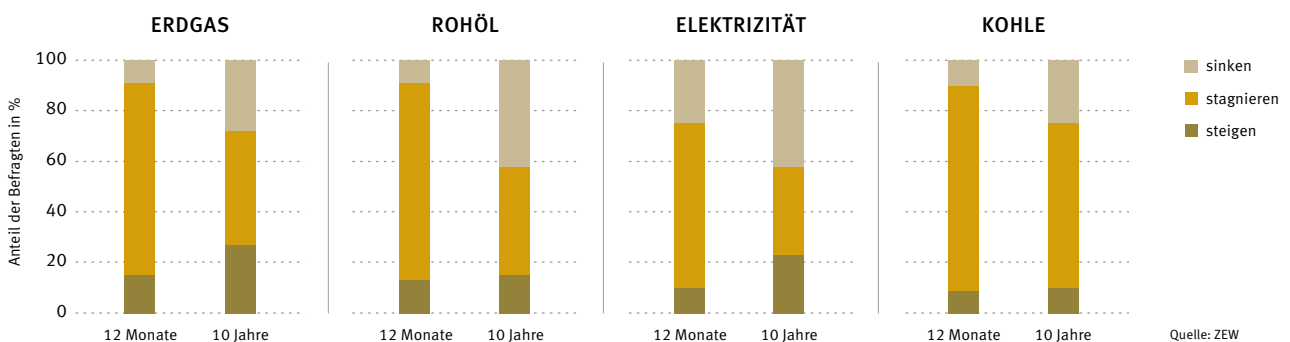
Die Einschätzungen zur Versorgungssicherheit beziehen sich nicht alleine auf die erfassten Stromausfälle. So zeigt zusätzlich der Blick auf die Systemdienstleistungen, die für die Stabilität der Stromnetze notwendig sind, ein umfassenderes Bild. Die

Anzahl und Kosten von Systemdienstleistungen sind in den vergangenen Jahren laut Monitoringbericht 2016 stark gestiegen.

Erwartungen sind langfristig negativ

Für 2017 rechnen rund 80 Prozent der Befragten mit einer gleichbleibenden Entwicklung der Versorgungssicherheit; auf zehn Jahre sind dies nur noch knapp 60 Prozent. Ein Viertel der Befragten erwartet auf Sicht von zehn Jahren eine sinkende Entwicklung des Versorgungssicherheitsniveaus. Dies wird vor allem durch die Erwartungen bei Strom und Rohöl getrieben. So sehen mehr als 40 Prozent der Befragten jeweils sinkende Niveaus. Die Erwartungen auf zehn Jahre bei der Kohleversorgung sind mit 65 Prozent weitgehend stagnierend. Einzig die Erwartungen für ein steigendes Niveau der Versorgungssicherheit mit Erdgas sind mit rund 30 Prozent etwas positiver. Dies könnte in Zusammenhang mit den Erwartungen zur weiteren Diversifizierung der Erdgasversorgung der EU stehen. So sind weitere Pipelines zur Anbindung der EU an Russland oder den Mittleren Osten in Planung oder in Bau. Für 2017 sehen die Erwartungen des Versorgungssicherheitsniveaus mit insgesamt 75 Prozent bis 80 Prozent gleichbleibend aus. Einzig bei Strom sehen zwar etwas weniger, aber immer noch rund zwei Drittel der Befragten einen stagnierenden Verlauf. Rund ein Viertel rechnet mit einer Verringerung der Versorgungssicherheit.

VERSORGUNGSSICHERHEIT AUF SICHT VON ZWÖLF MONATEN UND ZEHN JAHREN IN DER EU





Öl und Strom tendenziell teurer

Das ZEW-Energiemarktbarometer ist ein deutschlandweit einzigartiges Panel von Energiewirtschaftsexperten/-innen. Seit 2002 reflektieren die Erhebungen die Einschätzungen zur Preisentwicklung auf den Energiemärkten. Das Ergebnis der aktuellen Befragung zeigt, dass kurzfristig überwiegend stagnierende Großkundenpreise für Elektrizität (49 Prozent) erwartet werden. Jedoch hat sich hier im Vergleich zur vorherigen Umfrage der Anteil steigender Preiserwartungen mit 17 Prozentpunkten auf nun 35 Prozent stark erhöht. Tatsächlich sind bereits Ende 2016 und Anfang 2017 die Börsenpreise für Strom, welche für Großkunden eine wichtige Rolle spielen, nach einer langen Phase von Preisrückgängen wieder leicht gestiegen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Ergebnissen der kurzfristigen Erwartungen zur Entwicklung der weltweiten Rohölpreise. Hier sehen 55 Prozent der Expertinnen und Experten kurzfristig stabile Preise und der Anteil der Expertinnen und Experten, die steigende Preise erwarten, ist auf insgesamt 35 Prozent gestiegen. Die Erwartungen bei den Erdgaspreisen in Deutschland haben sich kaum verändert. 66 Prozent gehen davon aus, dass die Preise stabil bleiben, während annähernd gleich große Anteile der Befragten steigende (18 Prozent) oder sinkende Preise (15 Prozent) erwarten. Die Entwicklung der kurzfristigen Kohlepreiserwartungen ist nahezu spiegelbildlich zu den Erdgaspreisen. Auch hier geht die Mehrheit von stabilen Preisen (70 Prozent) aus – bei einer fast gleichmäßigen Verteilung der Anteile von steigenden (16 Prozent) und sinkenden Preiserwartungen (13 Prozent).

Mittelfristig steigen die Preiserwartungen

Für Großkunden werden für Elektrizität mittelfristig, das heißt für die nächsten fünf Jahre, wieder steigende (66 Prozent) oder sogar stark steigende Preise (elf Prozent) erwartet. Damit hat der Anteil der Expertinnen und Experten, die einen Anstieg der Preise erwarten, noch einmal gegenüber der vorangegangenen Befragung zugenommen. Die Anteile von steigenden und stark steigenden Rohölpreiserwartungen in der mittleren Frist sind zwar um neun

Prozentpunkte zurückgegangen, jedoch gehen immer noch drei Viertel der Befragten von insgesamt steigenden weltweiten Rohölpreisen aus. Nahezu unverändert ist das Bild der mittelfristigen Preiserwartung bei Erdgas. Die Mehrheit der Befragten (65 Prozent) hält steigende Preise für wahrscheinlich, gefolgt von rund einem Viertel, das von stagnierenden Preisen ausgeht.

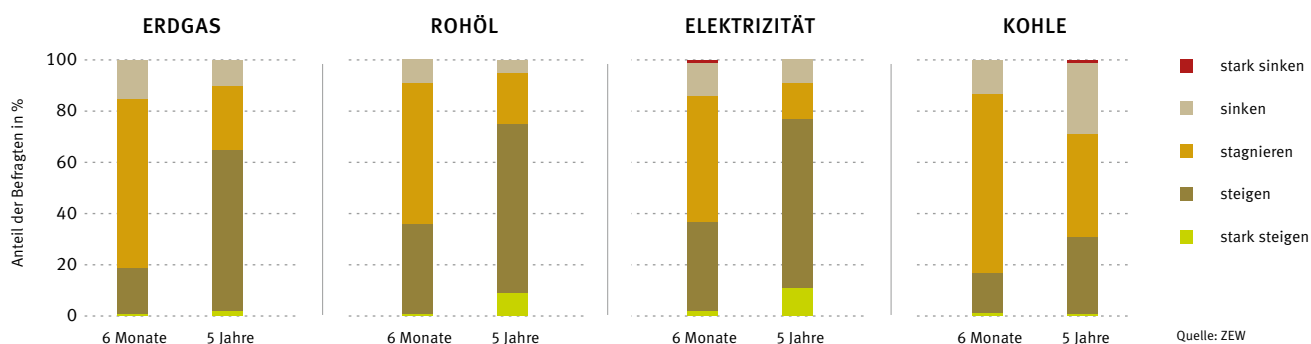
Ein anderes Bild offenbaren die Ergebnisse zu den mittelfristigen Kohlepreiserwartungen: 40 Prozent der Befragten rechnen hier mit stagnierenden Preisen. Zwar erwarten immer noch rund 30 Prozent steigende Kohlepreise, allerdings hat der Anteil der Befragten mit sinkenden Preiserwartungen seinen Rekordstand aus der vorherigen Umfrage noch einmal übertroffen und liegt nun bei 28 Prozent. Dies könnte auf aktuelle und mögliche zukünftige Veränderungen auf dem weltweiten Kohlemarkt zurückzuführen sein. So geht die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem aktuellen „Medium-Term Coal Market Report“ von einem geringeren Wachstum der Nachfrage nach Kohle aus, vor allem in China und den Vereinigten Staaten von Amerika, als in der Vergangenheit.

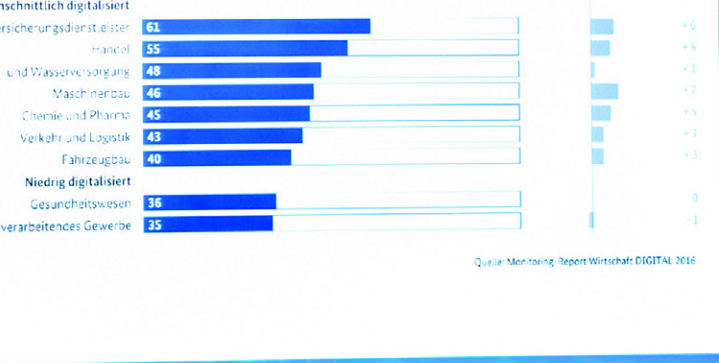
CO₂-Preiserwartungen kurzfristig unter zehn Euro

In den kommenden sechs Monaten erwartet die Mehrheit der Experten/-innen (62 Prozent) Preise für europäische CO₂-Emissionsrechte zwischen fünf und zehn Euro pro Tonne CO₂. Dabei zeigt sich eine Verschiebung hin zu noch niedrigeren Preisen. So erwarten 13 Prozent der Experten/-innen Preise unter fünf Euro. Dies sind zehn Prozentpunkte mehr als in der vorangegangenen Befragung. In den nächsten fünf Jahren erwarten 54 Prozent der Befragten Preise zwischen zehn und 20 Euro pro Tonne CO₂, wobei 31 Prozent der Panelteilnehmer/innen Preise zwischen zehn und 15 Euro angeben. Leicht gestiegen von 18 Prozent auf 24 Prozent ist der Anteil derjenigen Experten/-innen, die sogar in den nächsten fünf Jahren Preise unter zehn Euro erwarten.

Robert Germeshausen, germeshausen@zew.de
 Philipp Massier, massier@zew.de
 Dr. Nikolas Wölfling, woelfling@zew.de

ERWARTUNGEN BEZÜGLICH KURZ- UND MITTELFRISTIGER ENERGIEPREISE





ZEW-Ökonomin Prof. Dr. Bertschek bei ihrem Vortrag zum Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Produktivität.



Foto: © Thomas Tröster

25 Jahre ZEW – Was die Welt gegen globale Produktivitätsschwäche tun kann

In den vergangenen zehn Jahren ist das Produktivitätswachstum weltweit drastisch eingebrochen. Ein Phänomen, das die ökonomische Forschung vor allem vor die Frage stellt: Was hat die globale Produktivitätsschwäche verursacht und welche Lösungsmöglichkeiten gibt es? In vier Vorträgen und einer anschließenden Podiumsdiskussion anlässlich des Festaktes zum 25-jährigen Jubiläum des ZEW in Mannheim beschäftigten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Forschungsbereichen des Instituts mit dem Problem – und diagnostizierten dabei, welche Hebel in Bewegung gesetzt werden könnten, um der Produktivität wieder auf die Sprünge zu helfen.

„Wir beobachten im weltweiten Vergleich, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigenstunde in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist“, analysierte ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. in seiner Einführungspräsentation. Mit Blick auf die Arbeitsproduktivität, also dem BIP pro Arbeitsvolumen, zeige sich, dass Deutschland derzeit unter den Staaten mit hoher Produktivität hinter den USA, Kanada und Japan rangiere. Was die Ursachen dieser Entwicklungen angehe, sei vieles noch unklar. „Messfehler können den Trend nicht erklären“, stellte der ZEW-Präsident fest.

Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“, machte in seinem Anschlussvortrag deutlich, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität als alleinige Ursache nicht ausreiche, um die globale Produktivitätsschwäche zu erklären. Vielmehr müssten weitere Faktoren berücksichtigt werden. „Ein solcher Faktor ist die Demographie“, sagte Licht. Aktuelle Forschungsergebnisse zufolge würden Unternehmen am häufigsten von Personen in der mittleren Alterskohorte zwischen 35 und 50 Jahren gegründet. Da aber gerade diese gründungsaktive Kohorte seit Jahren schrumpfe, gingen auch die Gründungsraten in nahezu allen Ländern zurück. „Die veränderte Altersstruktur hat Effekte für die Gründungstätigkeit“, erklärte Georg Licht.

Den Wettbewerbsaspekt griff Prof. Dr. Kai Hüschelrath, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Wettbewerb und Regulierung“, in seinem Vortrag auf. Jüngere empirische Studien hätten einen starken Einfluss von effektiver Wettbewerbspolitik auf das Wach-

tum der totalen Faktorproduktivität in hoch entwickelten Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nachgewiesen. „Wettbewerbspolitik setzt und überwacht Regeln, damit Unternehmen sich nicht wettbewerbsfeindlich verhalten“, hielt Hüschelrath fest und betonte die große Bedeutung von wettbewerbschützenden Instanzen. Produktivitätsverluste durch Kartelle seien oftmals substantiell. Ein Blick auf die sogenannte „Behördenproduktivität“ in Form von Kartellverfolgung, Fusionskontrolle und der Vergabe staatlicher Beihilfen zeige indes, dass die Wettbewerbschützer einiges dafür täten, um Produktivitätsverluste zu vermeiden.

Digitalisierung als Produktivitätstreiber

Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)“, legte dar, weshalb vielfach auf den digitalen Wandel zur Lösung des Produktivitätsproblems gesetzt werde. „Unumstritten ist, dass Digitalisierung ein Produktivitätstreiber ist“, sagte Bertschek, „aber es gibt Unterschiede innerhalb und zwischen verschiedenen Branchen, je nach eingesetzter Technologie und getätigten Investitionen.“ So gebe es in allen Branchen nach wie vor Unternehmen, die ihren Beschäftigten keine mobile Internetnutzung zur Verfügung stellten. Zugleich zeige sich, dass IKT-Investitionen maßgeblich zum Produktivitätswachstum beitragen. „Die Technologie allein reicht allerdings nicht aus“, so Bertschek, „es kommt auch darauf an, dass Beschäftigte weitergebildet werden und in Forschung und Entwicklung investiert wird.“ Vor allem komplementäre, immaterielle Investitionen spielten dabei eine wesentliche Rolle. Während der Podiumsdiskussion kam die Frage auf, wie und welche Methoden am ZEW zur Beobachtung der Produktivitätsentwicklung eingesetzt werden. Georg Licht erklärte, dass die Verhaltenskomponente in Feldexperimenten eine immer größere Rolle spiele, während Irene Bertschek erläuterte, dass am ZEW derzeit Methoden zur Messung von immateriellem Kapital entwickelt würden.

Weitere Informationen zum ZEW sehen Sie im aktuellen Video des Instituts: <https://youtu.be/6mtd2cftNRk>

Felix Kretz, kretz@zew.de

Festakt – Forschung auf höchstem Niveau

Das ZEW hat mit einem Festakt zum Jahresausklang 2016 in Mannheim sein 25-jähriges Bestehen gemeinsam mit rund 300 Gästen gefeiert. In ihren Grußworten würdigten Partner/innen und Förderer/-innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die Leistung des Instituts: Das ZEW sei eine herausragende Wissenschaftseinrichtung, an der auf höchstem Niveau geforscht werde.

„Die Expertise des ZEW findet sowohl in der Wissenschaftsgemeinde als auch in der Öffentlichkeit Gehör“, sagte Theresia Bauer MdL, Aufsichtsratsvorsitzende des Instituts und Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg, zum Auftakt der Festveranstaltung. „Ich möchte das ZEW ermutigen, diesen Weg weiter zu gehen und den Diskurs zu prägen.“ Die Menschen in Deutschland und Europa bräuchten die faktenbasierte Expertise, die wissenschaftliche Abwägung und die Kompetenz, diese Expertise in einen verständlichen und wirkungsvollen Debattenbeitrag zu übersetzen, gerade in Zeiten, in denen Angst und Emotionen den Zeitgeist bestimmten. Die Handelsabkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA seien Beispiele, wie schwer es sei, Wirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit transparent zu machen und zu erklären. Wissenschaftler/innen sollten deshalb nicht davor zurückscheuen, auf der Grundlage von komplexen empirischen Analysen knappe und prägnante Antworten zu geben. „Das



Theresia Bauer, Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin und Aufsichtsratsvorsitzende des Instituts, bei ihrer Ansprache vor vollem Haus am ZEW.

ZEW meldet sich bereits auf nationaler wie europäischer Ebene kenntnisreich und klug zu Wort“, so die Ministerin. „Der Unterstützung des Landes kann sich das Institut beim Bestreben, seine europäische Stellung auszubauen und seine internationale Ausrichtung zu stärken, sicher sein“, betonte Bauer.

Sabine Elbert, elbert@zew.de

Festvortrag – Zwischen Scylla und Charybdis

Zum Festakt des 25-jährigen Jubiläums des ZEW in Mannheim hat der ehemalige ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz die Abschlussrede gehalten. In seinem Festvortrag ließ er wichtige Stationen der ZEW-Geschichte Revue passieren und spannte den Bogen zu den aktuellen und künftigen Herausforderungen, die auf das Institut zukommen werden.

Den Weg zwischen Scylla und Charybdis, zwei Meeresungeheuern aus der „Odyssee“ von Homer, zu bewältigen, sei eine Herausforderung. „Das ZEW hat in den vergangenen 25 Jahren diese Fahrt, einerseits wissenschaftlich fundierte Forschung zu betreiben und andererseits hochwertige wirtschaftspolitische Beratung zu leisten, erfolgreich gemeistert“, sagte Wolfgang Franz zur Eröffnung seines Vortrags. „Forschungsinstitute sind weder reine universitäre Forschungseinrichtungen noch kommerzielle Beratungsunternehmen.“ Nicht zuletzt habe das Institut den Erfolg dem hohen Engagement seiner Mitarbeiter/innen früher wie heute zu verdanken. Die Fahrt sei allerdings noch nicht zu Ende. „Das ZEW braucht für die Zukunft Kontinuität, Erfahrung und ein hervorragendes institutionelles Gedächtnis“, forderte Franz. „Routine kann zu Verkrustungsgefahren führen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit neuen Ideen und einer frischen Perspektive sind deshalb Schlüsselfaktoren.“ Weitere Erfolgsfak-



Der ehemalige ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz während seiner Abschlussrede zum ZEW-Jubiläum.

toren des ZEW für die Zukunft bestünden darin, strategische Überlegungen mit Blick auf wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch relevante und aktuelle Forschungsschwerpunkte zu setzen. „Insbesondere mit den jüngsten Forschungsgruppen ist das ZEW gut aufgestellt und bereit, neue Wege zu gehen“, schloss Franz.

Sabine Elbert, elbert@zew.de

ZEW-Präsident Achim Wambach übernimmt Vorsitz des Vereins für Socialpolitik



ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. hat zum Jahresbeginn 2017 den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik (VfS) übernommen. Achim Wambach wird in den kommenden zwei Jahren den knapp 4.000 Mitglieder zählenden Dachverband der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler leiten. Der VfS ist eine der größten Vereinigungen der Ökonomie in Europa. Seine Mitglieder stammen aus aller Welt, sind jedoch zum größten Teil in Deutschland, Österreich und der Schweiz beheimatet. Als ein wichtiges Projekt für seine Amtszeit hat sich Achim Wambach ein Angebot für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer vorgenommen: „Wir wollen den Austausch mit der Gesellschaft, insbesondere mit Schülerinnen und Schülern stärken“, erklärt der Vorsitzende des VfS. So wird es auf der kommenden VfS-Jahrestagung in Wien erstmalig einen „Schülertag“ geben.

ZEW zieht positive Bilanz bei der ASSA-Jahrestagung 2017

Das ZEW zieht eine positive Bilanz seiner Teilnahme an der Jahrestagung der Allied Social Science Associations (ASSA), der weltweit wichtigsten Ökonomenkonferenz. Mit nicht weniger als elf Beiträgen war das Forschungsinstitut zum Jahresbeginn 2017 in Chicago vertreten. Großen Zuspruch fanden insbesondere die Vorträge der ZEW-Forschungsbereichsleiter Prof. Dr. Andreas Peichl und Prof. Dr. Sascha Steffen. Ebenfalls präsentiert wurden neue wissenschaftliche Veröffentlichungen von ZEW-For-

scherin Olga Slivkó, Ph.D. und Dr. Zwetelina Iliewa. Darüber hinaus informierten mehrere Wissenschaftler/innen des Instituts für die Dauer der dreitägigen Konferenz mit Postern über ihre neuesten Forschungsergebnisse und hatten Gelegenheit, diese mit Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Inhaltlich stießen vor allem Finanzthemen, Fragestellungen zu Einwanderung und Arbeitsmarkt sowie europäische Probleme wie der Brexit oder die Zukunft der EU und der Eurozone auf großes Interesse.

Volksbank Weinheim Stiftung und ZEW verleihen vierten Wissenschaftspreis

Die Volksbank Weinheim Stiftung und das ZEW haben gemeinsam zum vierten Mal den Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“ vergeben. Während des Neujahrsempfangs der Volks-

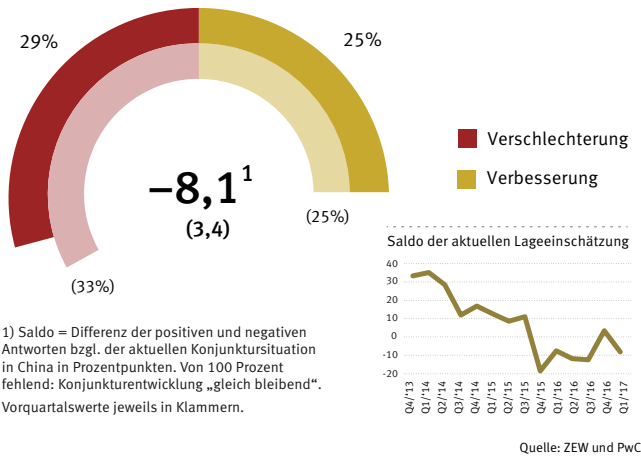


Juroren und Preisträger (v.l.): Manfred Soßong (Volksbank Weinheim), Prof. Dr. Andreas Peichl, Fabienne Rasel, Johannes Gönsch, Prof. Dr. Rolf-Jürgen Ahlers, Carsten Müller (Volksbank Weinheim), ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl

bank Weinheim wurde ZEW-Wissenschaftlerin Dr. Fabienne Rasel aus dem Forschungsbereich „Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) für die beste eingereichte Doktorarbeit sowie Johannes Gönsch, Promotionsstudent an der Universität Mannheim, für die beste eingereichte studentische Masterarbeit ausgezeichnet. „Dr. Fabienne Rasel präsentiert in ihrer Dissertation eine sehr ausgereifte Analyse zur Bedeutung der Digitalisierung für die Unternehmensproduktivität und geht dabei insbesondere auf die Arbeitsorganisation und die Internationalisierung als komplementäre Unternehmensstrategien ein“, so Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des IKT-Forschungsbereichs am ZEW und Mitglied der Jury. In seiner Masterarbeit hat sich Johannes Gönsch mit den wirtschaftspolitischen Effekten des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns beschäftigt. „Die Arbeit zeigt detailliert, dass die Auswirkungen seit der Einführung des Mindestlohns auf Arbeitslosigkeit, Produktivität und Lohnniveau insgesamt sehr gering sind“, sagt Prof. Dr. Andreas Peichl, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ und ebenfalls Jurymitglied zur Vergabe des Wissenschaftspreises.

Deutsche Manager in China beurteilen Konjunkturverhalten optimistisch

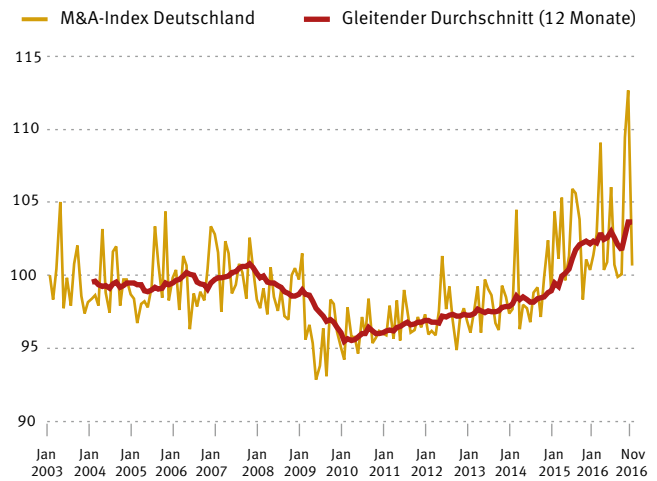
Aktuelle Einschätzung der Konjunktursituation in China und Wahrscheinlichkeiten ihrer Richtungsveränderung in den nächsten 12 Monaten



Den chinesischen Konjunkturindikator betrachten die Führungskräfte deutscher Unternehmen in China im ersten Quartal 2017 etwas schlechter als im Vorquartal: Der Wert des Indikators beträgt minus 8,1 Prozentpunkte (zuvor 3,4 Punkte). Der Ausblick auf die chinesische Konjunktur für die kommenden 12 Monate hat sich hingegen leicht verbessert, der Saldo des Vorquartals stieg von 1,6 um 0,5 Punkte. Das geht aus dem aktuellen ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer China hervor. Von den befragten Führungskräften halten 25 Prozent eine weitere Verbesserung der chinesischen Konjunktur im Jahr 2017 für wahrscheinlich. Dagegen ist der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung der Konjunktur für wahrscheinlich halten, von 33 Prozent im Vorquartal auf 29 Prozent im ersten Quartal 2017 zurückgegangen. Die leichte konjunkturelle Aufhellung zum Jahresende 2016 setzt sich somit im neuen Jahr fort.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Ungebrochener Trend zu Megadeals bei weltweiten Fusionen und Übernahmen



Die bisherigen Megadeals bei weltweiten Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) im Jahr 2015 sind im Jahr 2016 nochmals deutlich übertroffen worden. Der ZEW-ZEPHYR M&A-Volumen-pro-Deal-Index klettert nach Berechnungen des ZEW auf Basis der Zephyr-Datenbank von Bureau van Dijk weiter von Höchststand zu Höchststand: 2016 konnte der bisherige Rekordwert von 106 Punkten im März 2015 vier weitere Male übertroffen werden und betrug im Oktober 2016 schließlich 113 Punkte – der mit Abstand höchste Indexwert seit Beobachtungsbeginn. Der weiterhin anhaltende Trend zu Megadeals wird auch durch den gleitenden Zwölf-Monatsdurchschnitt des ZEW-ZEPHYR M&A-Volumen-pro-Deal-Indexes verdeutlicht. Der Zwölf-Monatsdurchschnitt steigt seit dem Jahr 2009 permanent und lag im November 2016 bei 104 Punkten, der ebenfalls der höchste je gemessene Wert ist.

Dr. Sven Heim, heim@zew.de



MaCCI-Jahreskonferenz 2017

Das „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI), eine gemeinsame Initiative des ZEW und der Universität Mannheim, veranstaltet am 16. und 17. März 2017 seine Jahreskonferenz. Das Ziel der Konferenz ist es, eine Plattform für Austausch und Diskussion zu Forschungsthemen in den Bereichen Wettbewerb und Innovation zwischen Wissenschaftlern/-innen und Vertretern/-innen öffentlicher Behörden, Rechts- und Wirtschaftsberatungen zu schaffen.

Weitere Informationen unter www.zew.de/VA2121

Umfrage zur ZEW-Webseite

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 25. Januar 2016 ist die ZEW-Webseite mit einem neuen, modernen Design und benutzerfreundlicherem Konzept online gegangen. Wir möchten den Webauftritt stetig optimieren, dafür bitten wir Sie um Ihre Mithilfe. Nehmen Sie sich fünf bis zehn Minuten Zeit, um an der Onlineumfrage unter www.zew.de/AM4978 teilzunehmen. Wir freuen uns über Ihre Anregungen und bedanken uns im Voraus herzlich!

Ihre ZEWnews-Redaktion



Foto: ZEW

Die Stärken der EU sind heute wichtiger denn je

2016 war kein gutes Jahr für die Europäische Union. Im Juni haben die Bürger des Vereinigten Königreichs, dem Land mit dem zweitgrößten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa, mehrheitlich dafür gestimmt, die EU zu verlassen. Im Jahr 2017 stehen Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland an, vermutlich auch in Italien. Diese Wahlen werden EU- und Euro-skeptischen Parteien weitere Plattformen zur Profilierung bieten. Protektionismus, wie ihn auch der gewählte amerikanische Präsident Donald Trump propagiert, ist die Gefahr für die Weltwirtschaft in 2017.

Die Vorteile der Globalisierung sind mannigfach beschrieben. Kein Land ist je aus dem Status eines Entwicklungslandes herausgekommen, wenn es sich nicht der Weltwirtschaft geöffnet hätte. Unser Lebensstandard ist nur mit offenen Grenzen haltbar. Die Vorteile sind jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Es gibt Verlierer der Globalisierung. Ökonomische Studien identifizieren allerdings, anders als häufig behauptet, nicht die offenen Märkte sondern den technologischen Wandel als wesentlichen Einflussfaktor für Veränderungen in den Arbeitsmärkten und die Spreizung der Einkommen.

Offene Märkte und ihre Vorteile sind eine der großen Errungenschaften in Europa. Dabei spielt ein Aspekt eine wichtige Rolle, dem in der öffentlichen Diskussion weniger Aufmerksamkeit zukommt: Die EU als Garant einheitlicher Bedingungen und gleicher Regeln für alle Wettbewerber.

Wettbewerbsaufsicht findet zu wichtigen Teilen in Brüssel statt, und auch die nationalen Aufsichten koordinieren sich, um möglichst gleichgerichtet zu agieren. Der Wettbewerb soll dadurch um die Kunden stattfinden, und nicht um die geringsten Auflagen. Es wird einiges dafür getan, dass öffentliche Ausschreibungen europaweit erfolgen, um auch hier gleiche Startbedingungen zu ermöglichen. Auch wenn dies nicht immer gelingt – der Anspruch ist redlich. Der beste Lieferant soll zum Zuge kommen, nicht der nationale. Die Beihilfekontrolle, die die nationalen

Subventionen ins Auge nimmt, hat eine stark disziplinierende Wirkung. Subventionswettläufe zwischen Staaten, wie man sie früher beobachten konnte, sind nur noch sehr eingeschränkt möglich. Wichtige Impulse zu europaweit fairen Bedingungen in den regulierten Sektoren Bahn, Post, Telekommunikation und Energie gehen von der EU aus. Die Hoffnung darauf, dass man zukünftig auch mal mit der Deutschen Bahn durch den Eurotunnel nach London fahren kann, beruht auf Brüssel.

Die Europäische Kommission agiert aber nicht nur als Schlichter zwischen den europäischen Staaten, sondern setzt sich auch für die Einhaltung der Spielregeln über Europa hinaus ein. Das Verfahren gegen Google wegen missbräuchlicher Ausnutzung einer dominanten Marktposition ist sicher besser in Brüssel aufgehoben als bei 28 nationalen Wettbewerbsbehörden. Die EU hat auch mehrere Verfahren bei der Welthandelsorganisation gegen China wegen wettbewerbsverzerrender Handelspraktiken eingeleitet. Es ist gut, dass diese und weitere Verfahren von einem Wirtschaftsraum mit einem BIP von mehr als 14 Billionen Euro ausgehen. Selbst Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa hätte mit einem BIP von gut drei Billionen Euro eine deutlich schwächere Position bei der Durchsetzung der Interessen.

Die protektionistischen Pläne Donald Trumps lassen für die Weltwirtschaft nichts Gutes erwarten. Umso wichtiger ist es, dass die EU-Kommission nicht nur für faire Startbedingungen in Europa sorgt, sondern auch im Zusammenspiel mit den anderen Wirtschaftsblöcken auf ein *level playing field* hinwirkt.

Dieser Beitrag ist zuerst am 2. Februar 2017 in der „Börsen-Zeitung“ erschienen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-128 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail elbert@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2017 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft